

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen
am 03.05.2016**

um 17:05 Uhr bis 19:46 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Lothar Sill

Stellvertretender Vorsitz

Herr David Schichel

Ratsmitglieder

Herr Kai Kaltwasser

Herr Markus Kötter

Herr Lothar Krebs

Frau Christine Krupp

Frau Brigitte Neff-Wetzel

Herr Norbert Schmitz

für Herrn Schmidt

für Frau Kreimendahl

Sachkundige Bürger/innen

Frau Erika Acker

Herr Josef Peter Hilger

Herr Yannick Plasberg

Herr Paul Uwe Schabla

Frau Dorothea Schlächter

Frau Erika Schmitz

Herr Arno Voss

Frau Ursula Wilberg

für Frau Hindrichs

Sachkundige Einwohner/innen

Herr José Ramón Álvarez Orzáez

Frau Ursula Durach

Beigeordneter

Herr Thomas Neuhaus

von der Verwaltung

Herr Gerd Dürr

Herr Domingo Estrany Dreßler

Herr Thomas Hahmann

Frau Petra Hellmann-Wien

Frau Christine Konopka

Herr Dr. Frank Neveling

Schriffthführer/in

Frau Silke Eller

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Herr Thorsten Michael Pohl

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | | |
|--------------|---------|---|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Vorstellung von Herrn Johannes Vogel als Vorsitzendes Mitglied der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Solingen - Wuppertal |
| 3 | | Niederschrift über die Sitzung vom 19.01.2016 |
| 4 | | Berichte aus den Beiräten |
| 5 | | "Ein Herz für Remscheid" - Dr. Rose über die Notwendigkeit von Laien-Defibrillatoren |
| 6 | | Praxis ohne Grenzen - Ärztekammer Remscheid |
| 7 | | Vorstellung der neuen Amtspsychiaterin und Bericht aus der Abteilung Sozialpsychiatrischer Dienst |
| 8 | | Medizinische Versorgung von Flüchtlingen - Vortrag Herr Dr. Neveling |
| 9 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 9.1 | 15/2057 | Ehrenamtler professionell unterstützen |
| 9.2 | 15/2058 | Stromsperrern |
| 9.2.1 | 15/2182 | Stromsperrungen 2015, Beantwortung der Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE |
| 9.3 | 15/2092 | Situation minderjähriger unbegleiteter Asylbewerber bzw. Asylanten - Anfrage der Ratsgruppe pro Deutschland |
| 10 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 10.1 | 15/2186 | Managementplanung 2011 - 2015, Bericht für das 1. bis 4. Quartal 2015 |
| 10.2 | 15/2304 | Geschäftsbericht 2015 |
| 10.3 | 15/2388 | Sozialmonitoring, 1. Quartal 2016 |
| 11 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 12 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 13 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 14 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |

- 14.1** Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen - Anfrage von Herrn Schabla
- 14.2** Beirat Sana Klinikum - Anfrage von Herrn Schmitz
- 14.3** Sachstand Inklusionsplanung - Anfrage von Frau Neff-Wetzel

I. Öffentlich

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Herr Sill schlägt folgende Ergänzungen der Tagesordnung vor:

Vorstellung von Herrn Johannes Vogel als Vorsitzendes Mitglied der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Solingen – Wuppertal unter Tagesordnungspunkt 2.

Nachtrag Drucksache 15/2388 - Sozialmonitoring, 1. Quartal 2016 – unter Tagesordnungspunkt 10.3.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert/ergänzt:

- Vorstellung von Herrn Johannes Vogel als Vorsitzendes Mitglied der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Solingen – Wuppertal unter Tagesordnungspunkt 2.
- Nachtrag Drucksache 15/2388 - Sozialmonitoring, 1. Quartal 2016 – unter Tagesordnungspunkt 10.3.

2. Vorstellung von Herrn Johannes Vogel als Vorsitzendes Mitglied der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Solingen - Wuppertal

Herr Vogel stellt sich vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Jochen Vogel ist seit dem 01.03.2016 Vorsitzender der Agentur für Arbeit Solingen – Wuppertal (BA), die auch für die Stadt Remscheid zuständig ist. Herr Vogel hält die drei Bergischen Städte, trotz der nicht gerade niedrigen Arbeitslosenzahlen, für einen spannenden Bezirk. Aktuell konnten 200 Ausbildungsplätze mehr akquiriert werden als im vergangenen Jahr, darunter Ausbildungsplätze im Bereich Einzelhandel, Gebäudereinigung und Banken. Außerdem kommt das Thema Flüchtlinge langsam auf die Arbeitsagentur zu. Speziell für diesen Personenkreis wurde vor kurzem der Integration Point gegründet, in dem Mitarbeiter der Arbeitsagentur, des Jobcenters und der Stadtverwaltung zusammenarbeiten und die Flüchtlinge beraten und unterstützen. Herr Vogel freut sich auf die Zusammenarbeit und ist offen für Anregungen und Ideen aus der Politik.

Herr Schichel fragt nach, wie sich die BA konkret in die Arbeit mit den Flüchtlingen einbringt. Herr Vogel erklärt, dass derzeit 122 Flüchtlinge vom Jobcenter und 177 Flüchtlinge von der BA betreut werden. Es sind dabei alle Berufszweige vertreten, aber die Sprachkenntnisse fehlen. Daher wird von der BA z. B. zusätzlich zu den Integrationskursen nachmittags eine Sprachförderung angeboten. Die Qualifizierung der Flüchtlinge wird eine lange Zeit benötigen und alle Beteiligten über einen langen Zeitraum beschäftigen. Die finanziellen Mittel für die notwendigen Maßnahmen stehen zur Verfügung, sie wurden vom Land massiv aufgestockt.

Frau Durach fragt nach, wie es um die Ausbildung der weiblichen Flüchtlinge bestellt ist. Herr Vogel sagt zu, statistische Zahlen dazu nachzureichen.

Beig. Neuhaus berichtet vom gestrigen Treffen des Bergischen Verwaltungsvorstands. Danach halten sich im Bergischen Städtedreieck derzeit ca. 2.700 Flüchtlinge nach dem SGB II mit Bleibereichtsperspektive auf, 122 davon in Remscheid.

Herr Krebs erinnert daran, dass sich in Remscheid auch ca. 300 Personen aus dem Balkan aufhalten. Diese befinden sich zwar rechtlich in einer anderen Situation, tatsächlich aber nicht. Dieser Personenkreis darf nicht aus den Augen verloren werden.

Herr Sill bedankt sich bei Herrn Vogel für seine Ausführungen und wünscht ihm alles Gute für seine Arbeit.

3. Niederschrift über die Sitzung vom 19.01.2016

Die Niederschrift wird ohne Änderungen oder Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

4. Berichte aus den Beiräten

Es liegen keine Berichte aus den Beiräten vor.

5. "Ein Herz für Remscheid" - Dr. Rose über die Notwendigkeit von Laien-Defibrillatoren

Dr. Christopher Rose ist der ärztliche Leiter des Rettungsdienstes der Feuerwehr Remscheid. Er setzt sich für eine flächendeckende Versorgung mit Defibrillatoren ein.

Im Jahr 2014 hat es in Remscheid 48 Fälle von Herzstillstand gegeben, von denen nur 17 Patienten das Krankenhaus lebend erreicht haben. 70 % der Fälle passieren im Haushalt. Bisher gibt es in Privathaushalten kaum Defibrillatoren, lediglich in einigen öffentlichen Gebäuden. Viele Todesfälle könnten durch den zeitnahen Einsatz eines Defibrillators verhindert werden. Ein Defibrillator kostet ca. 1.800 Euro. Für das Gerät muss jeweils ein Verantwortlicher benannt werden, der regelmäßig den Zustand der Batterien überprüft. Eine Einweisung in das Gerät erfolgt über den Hersteller. Die Geräte sind grundsätzlich einfach zu bedienen und selbsterklärend. Sie arbeiten nur bei leblosen Personen ohne messbaren Herzschlag, ansonsten springen sie nicht an.

Herr Dr. Rose möchte eine App entwickeln, mit der eine Karte mit den Standorten der Defibrillatoren aufgerufen werden kann. Herr Schichel fragt nach, ob die 24-Stunden-Tankstellen als Standorte infrage kommen könnten. Herr Dr. Rose will diese Idee aufgreifen und die Pächter ansprechen.

Herr Schmitz ist der Ansicht, dass die Stadt Remscheid eine Vorreiterrolle übernehmen und alle Dienststellen mit Defibrillatoren ausstatten sollte.

Vom 19. – 25.09.2016 findet im Alleecenter die Woche der Wiederbelebung statt, zu der Herr Dr. Rose alle Anwesenden herzlich einlädt.

Herr Sill dankt Herrn Dr. Rose für seinen Vortrag und wünscht ihm viel Erfolg für sein Projekt.

6. Praxis ohne Grenzen - Ärztekammer Remscheid

Frau Dr. Stiel-Reifenrath ist Allgemeinmedizinerin mit Praxis in Lennep. Sie engagiert sich für das Projekt „Praxis ohne Grenzen“, das kostenlose medizinische Hilfe für Personen ohne Krankenversicherung anbietet. Das Projekt hat bei der Remscheider Tafel an der Wülfingstr. 1 einen Behandlungsraum, in dem die Sprechstunden stattfinden. Es gibt eine Kindersprechstunde, die von einem Remscheider Kinderarzt durchgeführt wird (immer montags ab 15 Uhr), sowie eine Erwachsenensprechstunde (immer mittwochs ab 17 Uhr) mit wechselnden Ärzten. Ein großes Netzwerk an Haus- und Fachärzten, Hebammen, Klinikmitarbeitern aber auch Labors und Apotheken unterstützt das Projekt ehrenamtlich. Die Kindersprechstunde wird von der Lerosse-Stiftung finanziert. Das Angebot richtet sich an Obdachlose, Haftentlassene oder auch vermehrt Selbständige, die ihre Krankenkassenbeiträge nicht mehr zahlen können.

Das Projekt ist noch sehr neu. Bekanntgemacht wird es u. a. über die Remscheider Tafel, das Medimobil, einen Flyer und Mund-zu-Mund-Propaganda.

Zusätzlich zu der medizinischen Betreuung unterstützen die Helfer die Patienten mit einem grundsätzlichen Anspruch auf Krankenversicherung bei den Formalitäten zur (Wieder-)aufnahme in eine Versicherung.

Herr Krebs fragt nach, wie die Anbindung an eine Klinik erfolgt, da nicht alle Krankheiten ambulant behandelt werden können.

Frau Dr. Stiel-Reifenrath erklärt, dass eine Erstvorstellung im Klinikum im Regelfall kostenfrei ist. Für eine stationäre Aufnahme und die dafür entstehenden Kosten muss im Einzelfall eine Lösung gefunden werden. Aktuell muss für vier Schwangere, davon zwei mit Risikoschwangerschaft, eine Kostenübernahme gefunden werden. In Solingen gibt es einen Vertrag zwischen einer Klinik und einer „Praxis ohne Grenzen“, durch den eine kostengünstige Behandlung sichergestellt wird. Frau Dr. Stiel-Reifenrath bedauert, dass es bisher nicht gelungen ist, mit dem Sana-Klinikum eine entsprechende Vereinbarung zu schließen.

Beig. Neuhaus sagt zu, den Kontakt zum Sana-Klinikum herzustellen mit dem Ziel, eine Lösung für Remscheid zu finden.

Die Ausschussmitglieder sprechen Frau Dr. Stiel-Reifenrath und allen ehrenamtlichen Unterstützern ein großes Lob für ihr Engagement aus.

7. Vorstellung der neuen Amtspsychiaterin und Bericht aus der Abteilung Sozialpsychiatrischer Dienst

Dr. Neveling teilt mit, dass die Stelle, die ein Jahr unbesetzt war, zum 01.04.2016 mit einer halben Stelle besetzt worden ist.

Die neue Stelleninhaberin, Frau Christine Konopka, stellt sich vor. Sie arbeitet jeweils zur Hälfte im Gesundheitsamt und in der Stiftung Tannenhof. Davor war sie 13 Jahre in einer LVR-Klinik in Langenfeld in der Gerontopsychiatrie tätig. Im Gesundheitsamt ist sie für Gutachten und Betreuungsfälle zuständig und arbeitet am Aufbau eines Netzwerkes Gerontopsychiatrie. Neben ihrer Arbeit betreut sie noch ehrenamtlich Angehörige von Demenzerkrankten.

Anschließend stellen sich Herr Thomas Hahmann und Herr Gerd Dürr vom Sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt Remscheid vor und geben einen Einblick in ihre Tätigkeit. Beide sind Sozialarbeiter im Gesundheitsamt. Sie leisten eine Art psychiatrische „Erste Hilfe“ und beraten, begleiten und betreuen sowohl Erkrankte als auch Angehörige und Institutionen. Auf-

grund von Meldungen z. B. aus der Familie oder der Nachbarschaft suchen sie die möglicherweise hilfebedürftigen Personen zuhause auf und führen eine erste, niederschwellige Beratung durch. Das weitere Vorgehen hängt vom Zustand der Personen ab und kann bis zu einer Zwangseinweisung in eine psychiatrische Klinik führen. Die gesetzliche Grundlage dafür ist das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG).

Im letzten Jahr wurde ein psychosozialer Beratungsführer für die Stadt Remscheid entwickelt, der einen Überblick über die Hilfsangebote und Kontaktdaten gibt.

Dr. Neveling berichtet dazu, dass die Zahl der psychisch erkrankten Personen immer weiter zunimmt. Das liegt einerseits am wachsenden Druck in der Arbeitswelt, andererseits aber auch daran, dass es immer mehr alte Menschen mit einer Demenzerkrankung gibt. Und auch die zunehmende Anzahl traumatisierter Flüchtlinge führt zu vermehrten Einsätzen der Mitarbeiter des Gesundheitsamtes.

8. Medizinische Versorgung von Flüchtlingen - Vortrag Herr Dr. Neveling

Dr. Neveling berichtet, dass das Jahr 2015 trotz der großen Arbeitsmenge aufgrund des Flüchtlingszustroms gut gelaufen ist. Das ist in erster Linie dem guten Netzwerk in Remscheid und den vielen engagierten Helfern zu verdanken. Das teilweise entstandene Chaos ist eher aufgrund der schlechten Organisation auf Landesebene entstanden.

Die Mitarbeiter des Gesundheitsamtes haben u. a. die Erstuntersuchungen und Impfungen der Flüchtlinge durchgeführt. Außerdem hat es Hygieneunterweisungen gegeben. So hat es trotz der Unterbringung von vielen Menschen auf engstem Raum keine Ausbreitung von infektiösen Krankheiten gegeben.

Sehr schwierig und zeitintensiv gestalten sich aufgrund der Sprachprobleme die für die Einschulung notwendigen Untersuchungen der Kinder. Das führt zu langen Wartelisten.

Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

9.1. Ehrenamtler professionell unterstützen Vorlage: 15/2057

Beig. Neuhaus berichtet, dass die Beantwortung im Zuständigkeitsbereich des Kommunalen Integrationszentrums liegt. Laut Rücksprache mit der zuständigen Leiterin Frau Brilling war Anfang des Jahres vom Land NRW ein Programm angekündigt, mit dem das Personal bei den Kommunalen Integrationszentren aufgestockt werden soll. Im Rahmen des sogenannten „Komm-An-NRW“ – Programms sollen Ehrenamtskoordinatoren eingesetzt werden. Diese sollen die Ehrenamtler befähigen, unterstützen, Einsatzplätze finden und rechtliche Fragen klären.

Frau Brilling arbeitet zurzeit an einer Vorlage für den Verwaltungsvorstand über die Einrichtung einer Stelle. Anschließend werden die Gremien informiert.

Zu Punkt 4 der Anfrage erklärt Beig. Neuhaus, dass sowohl die Wohlfahrtsverbände als auch der Sportbund Listen mit ihren Angeboten erstellt haben. Und die Angebote des Kommuna-

len Integrationszentrums wurden ebenfalls zusammengestellt. Die aktuelle Aufstellung ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Zur Anfrage bezüglich der Helferausweise ist dem Protokoll ein Auszug aus der Niederschrift des Integrationsrates als **Anlage 3** und der Programmaufruf des Landes NRW für das „Komm-An“-NRW-Programm als **Anlage 4** beigefügt.

Der Ausschuss nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

9.2. Stromsperrern Vorlage: 15/2058

Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird zur Kenntnis genommen.

9.2.1. Stromsperrungen 2015, Beantwortung der Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE Vorlage: 15/2182

Frau Neff-Wetzel fragt nach, ob die Anzahl der von Stromsperrern betroffenen Haushalte beziffert werden kann. Herr Estrany-Dreßler erklärt, dass die EWR keine Statistik darüber führen, die Anzahl der Haushalte kann nicht benannt werden. Anschließend erläutert er das Sperrverfahren.

Herr Schichel appelliert an die EWR, verstärkt präventiv tätig zu werden und sich mit dem gesamten Prozess auseinanderzusetzen.

Herr Hilger weist darauf hin, dass auch der Kunde gefragt ist und selbst aktiv werden muss, um Stromsperrern zu vermeiden.

Frau Neff-Wetzel ist der Ansicht, dass ein Großteil der betroffenen Kunden dazu nicht in der Lage ist. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Stromkosten einen hohen Kostenfaktor im Haushalt darstellen und die Preiserhöhungen in diesem Sektor nicht zu einer entsprechenden Anpassung bei den Transferleistungen geführt hat.

Der Ausschuss nimmt von der Mitteilung der Verwaltung Kenntnis.

9.3. Situation minderjähriger unbegleiteter Asylbewerber bzw. Asylanten - Anfrage der Ratsgruppe pro Deutschland Vorlage: 15/2092

Von der Anfrage wird Kenntnis genommen.

10. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

10.1. Managementplanung 2011 - 2015, Bericht für das 1. bis 4. Quartal 2015 Vorlage: 15/2186

Die Vorlage wird ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

10.2. Geschäftsbericht 2015
Vorlage: 15/2304

Der Geschäftsbericht 2015 wird ohne weitere Beratung zur Kenntnis genommen.

10.3. Sozialmonitoring, 1. Quartal 2016
Vorlage: 15/2388

Herr Krebs sieht in dem vorgelegten Sozialmonitoring nur einen Einstieg in die Thematik, seiner Meinung nach müsste es noch ausgeweitet werden. Ihm fehlen u. a. Aussagen zu Jugendarbeitslosigkeit und –armut oder zu Bedarfsgemeinschaften aufgrund von zu geringen Renteneinkünften. Außerdem fehlt ihm eine erläuternde Einführung und Anleitung zu diesem Monitoring.

Frau Hellmann-Wien verweist auf den unter TOP 10.2 vorgelegten Geschäftsbericht 2015, der die entsprechenden Informationen enthält. Für die Erstellung eines speziellen Armutsberichtes gibt es in ihrem Fachdienst keine ausreichenden Personalkapazitäten.

Herr Schichel schlägt vor, Einzelfragen konkret zu formulieren, damit die Verwaltung diese gezielt beantworten kann. Er bittet die Verwaltung darum, dem Ausschuss eine Übersicht über die zugrundeliegenden Kapitel des Sozialgesetzbuches zur Verfügung zu stellen.

Beig. Neuhaus erinnert daran, dass ein übersichtlicher Bericht mit knappen Informationen gewünscht war. Diesen hat die Verwaltung jetzt vorgelegt. Darüber hinaus können im Einzelfall spezielle Fragen beantwortet werden.

Herr Schichel regt an, den vorgelegten Bericht in den Fraktionen zu diskutieren und anschließend der Verwaltung ggf. Ergänzungsvorschläge zu machen.

Herrn Kötter sind in erster Linie die sich aus dem Bericht ergebenden Konsequenzen, z. B. Auswirkung der Rentenentwicklung oder der Arbeitsmarktsituation, wichtig. Das Thema sollte deshalb auch in anderen Gremien behandelt werden.

Aufgrund der Anregungen und offenen Fragen wird vereinbart, die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Wohnen zum Schwerpunktthema „Arbeit“ durchzuführen. Das Sozialmonitoring soll dann erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Von der Drucksache wird Kenntnis genommen.

11. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Es liegen keine schriftlichen Berichte der Verwaltung vor.

12. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Vorschläge zur Tagesordnung vor.

13. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

14.1. Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen - Anfrage von Herrn Schabla

Herr Schabla fragt nach, ob deutsche und ausländische Jugendliche gemeinsam untergebracht werden und welche Unterstützung Familien erhalten, die einen minderjährigen Flüchtling bei sich aufnehmen.

Frau Hellmann-Wien teilt mit, dass die Unterbringung der Jugendlichen ein laufendes Geschäft der Verwaltung ist. Deutsche und ausländische Kinder und Jugendliche werden in den gleichen Einrichtungen untergebracht. Eine Trennung ist auch nicht gewollt. Probleme, die es aufgrund der unterschiedlichen Herkunft und Religionszugehörigkeit geben kann, werden in den Einrichtungen gelöst. Es handelt sich dabei aber um Einzelfälle.

Die Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen in Familien gibt es kaum, derzeit ist ein Jugendlicher in einer Familie untergebracht. Bei den meisten unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen handelt es sich um Jugendliche ab 16 Jahre. Diese sind kaum in Familien zu vermitteln. Sollte es doch zu einer Vermittlung kommen, werden die Familien vom Jugendamt unterstützt und beraten.

14.2. Beirat Sana Klinikum - Anfrage von Herrn Schmitz

Herr Schmitz möchte wissen, warum die heutige Sitzung mit dem Themenschwerpunkt „Gesundheit“ nicht im Sana Klinikum stattfindet. Die Verwaltung teilt mit, dass im Klinikum derzeit kein passender Raum zur Verfügung steht.

Herr Schmitz äußert sich außerdem verärgert über den Beirat beim Sana- Klinikum, in dem er Mitglied ist. Es finden kaum Sitzungen statt. Die letzte war im November 2015. Er fragt nach, ob sich der Ausschuss dafür einsetzen kann, die Sitzungen zu intensivieren oder, falls er nicht mehr benötigt wird, den Beirat aufzugeben.

Beig. Neuhaus hält es nach wie vor für wichtig, dass der Beirat erhalten bleibt, auch wenn die Stadt nur noch wenige Anteile am Sana-Klinikum besitzt. Der Stadt Remscheid ist sehr daran gelegen, dass eine Klinik vor Ort erhalten bleibt, die die medizinische Versorgung in der Stadt sicherstellt. Die politische Beteiligung sollte erhalten bleiben, auch um weiterhin die Möglichkeit zu haben, Anregungen oder Kritik einzubringen.

Beig. Neuhaus wird das Thema Beirat beim Geschäftsführer des Klinikums, Herrn Engler, ansprechen.

14.3. Sachstand Inklusionsplanung - Anfrage von Frau Neff-Wetzel

Frau Neff-Wetzel bittet um Auskunft über den aktuellen Sachstand der Inklusionsplanung.

Beig. Neuhaus teilt mit, dass es keinen neuen Sachstand gibt. Sobald es eine Vorlage zu diesem Thema gibt, wird sie in den zuständigen Ausschuss für Schule eingebracht werden.

Da keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung.

gez.

Lothar Sill
Vorsitzender

gez.

Silke Eller
Schriftführerin